

Schulsozialarbeiter: CDU fordert Vorleistung der Stadt

LEVERKUSEN (gt) Für eine dauerhafte Fortsetzung der Schulsozialarbeit spricht sich jetzt der schulpolitische Sprecher der CDU, Bernhard Marewski, aus. Zur Not müsse die Stadt in Vorleistung für die Schulsozialarbeit treten, fordert er. Bekanntlich ist diese nur noch bis zum Jahresende mit Restmitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes gesichert. Die erhoffte verbindliche Zusage des Bundes bzw. des Landes, das Angebot auch darüber hinaus finanziell zu unterstützen, sei jedoch trotz anderslautender Ankündigungen bisher ausgeblieben, beklagt Marewski.

Nun verdeutlicht er: „Wenn wir in den nächsten vier Wochen keine Entscheidung fällen, müssten sich die befristet eingestellten Schulsozialarbeiter bis Ende September bei der Arbeitsagentur melden.“ Die Unruhe der Schulsozialarbeiter sei daher verständlich.

Eine Abwanderung der hoch qualifizierten Mitarbeiter wolle sich die CDU aber nicht erlauben. „Das von Eltern, Schülern und Lehrern hochgelobte Angebot ist unverzichtbar.

Wir brauchen in dieser Frage dringend Verlässlichkeit“, fordert der Unionspolitiker. Wenn sich Bund und Land in den nächsten Wochen nicht bewegen, müsse die Stadt in Vorleistung treten.

Angesichts der angespannten Haushaltssituation Leverkusens könne dies aber keine endgültige Lösung sein. „Der Bund hat die Finanzierung damals auf die Schiene gesetzt und lässt diese jetzt auslaufen. Das wollen wir nicht akzeptieren. Wir werden weder Bund noch Land aus ihrer bildungspolitischen Verantwortung lassen und uns nicht mit dem gegenwärtigen Ping-Pong-Spiel zufriedengeben“, sagt der Christdemokrat.

Gerade eine Großstadt wie Leverkusen habe in praktisch allen Schulen erheblichen Bedarf. Hinzu komme künftig die Beschulung von Flüchtlingskindern. „Die positiven Rückmeldungen aus den Leverkusener Schulen zeigen, dass die pädagogische Unterstützung Schulen wie Eltern hilft, ihrem Erziehungsauftrag besser gerecht zu werden“, betont Marewski.